

Auf Kriegsfuß mit Rechtsansprüchen

Wird Illegalität zum Kennzeichen?

Ruki Fernando

Die Regierung Sri Lankas regiert zum ersten Mal in der modernen Geschichte des Landes ohne parlamentarische Kontrollinstanz, und dies mit voller Absicht. Die Verfassung sieht vor, dass das Parlament nur maximal drei Monate lang bis zu Neuwahlen aufgelöst bleiben kann. Da der Präsident das Parlament am 2. März auflöste, ist diese Frist verstrichen. Dies ist indes nicht die einzige Verwerfung im staatsrechtlichen Gefüge des Landes, sondern einer der Tiefpunkte, was Legalität und normative Verpflichtungen der Regierung angeht. Der nachfolgende Text beleuchtet in diesem Kontext Aspekte der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.

Seit der Amtszeit von Gotabhaya Rajapaksa im November 2019 ist ein autoritärer Herrschaftsstil eingeleitet. Der Präsident verhehlt nicht, dass er gedenkt, die 19. Änderung (*amendment*) der Verfassung bei nächster Gelegenheit wieder rückgängig zu machen. Diese im April 2015 fast einstimmig verabschiedete Änderung hat unter anderem die früheren Vollmachten des Präsidenten beschnitten, einige präsidiale Funktionen dem Amt des Ministerpräsidenten übertragen sowie parlamentarischer Kontrolle unterstellt. Außerdem wurde die Unabhängigkeit staatlichen Kommissionen etwa bei der Besetzung leitender Positionen in der Justiz oder im Polizeidienst bestärkt. Die Änderung wurde insgesamt als wichtiger Aspekt der binnengesellschaftlichen Befriedung erachtet. Umgekehrt hat die jetzige Regierung angekündigt, die Unabhängigkeit verschiedener Kommissionen zu beschneiden – so der Polizeikommission oder der Wahlkommission, die den Termin zur Parlamentswahl in eigener Regie festlegte.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Berichte, wonach Journalist(inn)en und andere Medienmitarbeiter/-innen Schikanen, Einschüchterungen und

der Überwachung durch Behörden ausgesetzt sind, reichen bis in den November 2019 zurück. Damals führte beispielsweise die Polizei eine Razzia in den Büros des Onlinemediums *Newshub.lk* unter dem Vorwand durch, verleumderische Inhalte untersuchen zu wollen. Danach wurden kritisch berichtende Journalist(inn)en mehrfach von der Polizei zu ihrer Arbeit und Berichterstattung befragt. Gleichzeitig führten staatliche und private Rundfunk- und Printmedien Verleumdungskampagnen gegen regierungskritische Journalist(inn)en durch. In sozialen Medienkanälen wurden diese Journalist(inn)en weiter dämonisiert.

Lokale und internationale Menschenrechtsgruppen sprechen von einer signifikant verstärkten Überwachung durch staatliche Sicherheitskräfte, von Bedrohungen und Inhaftierungen. *Human Rights Watch* stellt einen „Zustand der Angst“ fest und belegt dies durch Interviews mit Dutzenden von Aktivist(inn)en und Journalist(inn)en. Viele lokale Journalisten sagen, dass sie sich zensurieren, da drohende Telefonanrufe und anderer Druck eskalieren. Die NGO *INFORM* in Colombo veröffentlichte am 30. Mai einen Bericht über einen Zeitraum von 90 Tagen unter Einschluss der Ausgangssperre,

in dem 95 Angriffe gegen Menschen erfasst wurden, die ihren Dissens gegenüber der Regierung geäußert hatten.¹ Journalist(inn)en sahen sich demnach mit Befragungen zu Hause, per Telefon und Vorladungen in die Büros der Kriminalpolizei (CID) konfrontiert.

Ein besonders aufwühlender Anschlag auf die freie Meinungsäußerung stellte die Verhaftung des Online-Aktivisten Ramzy Razeek am 9. April dar. Er hatte auf Facebook zum Kampf mit Stift und Tastatur und mithilfe der Medien gegen Falschmeldungen aufgerufen und die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung in Sachen Pandemie mehrfach bemängelt. Daraus eine Anklage wegen Propagierung von Krieg und Befürwortung von Hass zu konstruieren, war dreist – und eigentlich dumm. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist entscheidend im wirksamen Kampf gegen COVID-19 und im Erkennen einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise.

Morddrohungen gegen Ramzy wurden hingegen nicht strafrechtlich verfolgt, wie auch all diejenigen unbehelligt geblieben sind, die die Regierung unter Einsatz von Fake News oder irreführender Informa-

tionen massiv unterstützt und belobigt haben. Am 1. April hatte die Polizei angekündigt, dass diejenigen, die Regierungsbeamte kritisieren und auf Mängel der Regierungsführung hinweisen, mit rechtlichen Schritten oder gar einer Verhaftung rechnen müssen. Es gibt keine überprüfbareren Statistiken, aber laut Recherche in gängigen Medien sind inzwischen mehrere Personen wegen ihrer Kritik an der Regierung online in Misskredit gebracht, von der Polizei eingeschüchtert oder verhaftet worden.

Menschenrechtsgruppen warnen vor dem Vorgehen gegen abweichende Meinungen und einem zunehmenden Autoritarismus in Sri Lanka. Am 20. Juni gesellte sich ein prominenter Fürsprecher hinzu, der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung. In seinem Bericht an die 44. Tagung des UN-Menschenrechtsrates² im Juni und Juli 2020 betont er das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und dass dies in der nationalen Gesetzgebung verankert sei. Will heißen, er sieht dieses Recht aktuell ernsthaft gefährdet. Reporter ohne Grenzen stuft die Lage von Journalist(inn)en in Sri Lanka als „schwierig“ ein und setzt das Land auf Platz 127 von 180.³

Darüber hinaus wurden Regierungsbeamte, die versuchten, ihre vom Gesetz festgelegten Pflichten zu erfüllen, immer wieder verächtlich gemacht, soweit sie die Kreise der Regierung störten und in Dissens gerieten. Darunter waren Beamte der Polizei, aus dem öffentlichen Gesundheitswesen, lokaler Dienststellen (*Gramma Niladharis*), aus dem Finanzamt, Forstämtern oder Schuldirektoren. Dazu gehörten verbale Angriffe mit obszöner Sprache, körperliche Übergriffe und Drohungen einschließlich einer Todesdrohung mit vorgehaltener Waffe. Politiker, ein buddhistischer Mönch und aufgewühlte Dorfbewohner gehörten zu den Verantwortlichen.

Präsident Gotabhaya Rajapaksa lähmt innerstaatliche Institutionen bei der Aufklärung von Verbrechen. Die Ermittlungsbehörden CID (*Criminal Investigation Department*) und CDB (*Crime Detective Bureau*) wurden umstrukturiert und Ermittler versetzt, die vor allem gegen Angehörige und Freunde der Rajapaksa-Familie tätig geworden waren.

Im Zuge der Ausgangssperre war der Zugang zu den Gerichten eingeschränkt, Betroffene hatten keine Gelegenheit, um bei Verstößen Rechtsmittel einzulegen. Aufgrund der begrenzten Anzahl von Ge-

richtsbediensteten war es für Anwälte schwierig, Gerichtsverfahren zu erwirken und sich mit inhaftierten Mandanten zu beraten.

Feindseligkeiten gegen Muslime und Christen

Muslime wurden beschuldigt, für COVID-19 verantwortlich zu sein. Sie waren schnell das Ziel von Hassreden, wenngleich die allermeisten Beschuldigungen auf falschen Nachrichten beruhten. Regierungsfreundliche Medien widmeten außerdem den Infektionen in muslimisch geprägten Stadtvierteln unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit, soziale Medien und Online-Nachrichten unterstellten Muslimen die absichtliche Verbreitung des Virus. Die schwelenden religiösen Spannungen wurden verstärkt, als die Regierung die Einäscherung von Coronavirus-Opfern anordnete. Im Islam ist die Verbrennung des toten Körpers grundsätzlich verboten. Die Anordnung geschah ohne Begründung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht für die Entsorgung von Leichen, die an COVID-19 gestorben sind, sowohl die Einäscherung als auch die Bestattung vor. So steht es auch in den Richtlinien des Gesundheitsministeriums von Sri Lanka vom 27. März.

Vier Tage später, am 1. April, ordnete ein Beamter die Feuerbestattung eines muslimischen COVID-19-Opfers an, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Richtlinien des Gesundheitsministeriums Bestattungen erlaubten. Danach wurde die Regierungsverordnung geändert und Muslime wurden aufgefordert, Feuerbestattungen zu akzeptieren, wenn die Gesundheitsbehörde eine Erdbestattung als



Ahmad Shaheed, UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit bei der Vorstellung seines Berichts zur Ländersituation in Sri Lanka im Rahmen der 43. Tagung des UN-Menschenrechtsrates am 2. März 2020.

Bild: UN Geneva, flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

schlecht für die Gesundheitssituation in der Umgebung einschätzt oder keine Erdbestattung aus Gründen des öffentlichen Wohles zulassen will. Selbst Appelle der UN-Sonderberichterstatter zu Gesundheit, Minderheiten und Anti-Terrorismus vom 8. April, von muslimischen Führern innerhalb und außerhalb von Sri Lanka oder von über 160 namhaften Menschenrechtsverteidiger/-innen aus Sri Lanka vom 4. April konnten kein Umdenken bewirken. So, wie die Anordnung erlassen und durchgesetzt worden ist, handelt es sich um einen eklatanten Verstoß gegen die Religionsfreiheit.

Bei anderer Gelegenheit hatten Medien im Norden Sri Lankas beständig auf Religion und Beruf eines Infirmen hingewiesen, der Pastor einer christlichen Gemeinschaft war. Aus diesem Umfeld entwickelte sich Feindseligkeit gegen die christliche Gemeinschaft. Die christlichen Kirchen hatten sich ihrerseits in die Aufmerksamkeit gerückt und insoweit unbeliebt gemacht, als der nationale Rat christlicher Kirchen (*National Christian Council of Sri Lanka*, NCCSL) am 25. April einen Appell an den Präsidenten richtete, die Auflösung des Parlaments zurückzunehmen und angesichts der Pandemie die Parlamentswahl auf September oder Oktober zu verschieben. Der Appell deutete auch an, dass die Gefahr bestehe, dass Hilfsmaßnahmen politisiert werden könnten, indem kostenlose Hilfspakete und andere Privilegien einigen Teilen der Gemeinschaft von der an der Macht befindlichen Regierung gewährt werden. Der NCCSL erwartete von der Regierung, dass sie auf die Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit in einer Weise reagiert, die mit der Verfassung und der Rechtsstaatlichkeit im Einklang stehe.

Nahrungshilfe

Kriegswitwen, von Frauen allein geführte Haushalte, Flüchtlinge, Ge-

fängnisinsassen, Wanderarbeiter/-innen oder Wohnungslose litten und leiden unter der schlecht verwalteten, öffentlichen Zuteilung etwa von Nahrungsmitteln und Medikamenten. In ländlichen Gegenden, in denen die Gesundheitsversorgung schon vor der Pandemie in einem Zustand des Mangels war, sind diese sowieso schon gefährdeten Bevölkerungsgruppen besonders von den Auswirkungen betroffen. Spenden und Hilfen wurden teilweise selektiv nach Klientelaspekten, wie Religion und Ethnie, verteilt. Die dadurch entstehende Knappheit von Gütern führte, neben Preissteigerungen auf den Märkten, auch dazu, dass sich viele Menschen vor den Geschäften sammelten, ohne jede Abstandsregel.

Die Regierung hatte ein Hilfspaket von 5000 Rupien (knapp 24 Euro) pro Familie geschnürt, das speziell auf Tagelöhner und andere Geringverdiener zugeschnitten war. Rasch verbreiteten sich Berichte, dass Beamte Geld für Anträge verlangen, sich lange Schlangen bilden, um die 5000 Rupien einzusammeln, willkürliche Zuteilungen vorkommen. Am 9. April strömten Hunderte von Menschen in Doluwa, im Distrikt Kandy, spontan auf die Straße und forderten Lebensmittel. Die Medien berichteten von Menschen, die nur Früchte zum Essen und kein Geld hatten, und sich daher erst gar nicht vor Geschäften anstellten. Es gab aber auch Berichte, dass örtliche Regierungsbeamte die Hilfe zivilgesellschaftlicher Gruppen in Anspruch genommen hatten, um Menschen in Not zu helfen.

Internationale Unterstützung

Unbeschadet aller öffentlich geäußerten Ablehnung der internationalen Kooperation in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratischer Verfahren haben die Regierungen in Sri Lanka immer wieder zu erkennen gegeben, dass sie eine internationale Reaktion

auf ihr Vorgehen durchaus in Rechnung stellen und dies gegebenenfalls ihren Eifer bremsen kann. Momentan liegt die internationale Aufmerksamkeit auf der COVID-19-Pandemie. Die internationale Begleitung der in Gang gesetzten Prozesse zur Versöhnung und Transformation sind aber ebenso wie die Pandemie bedeutsam, gerade für zivilgesellschaftliche Verteidiger/-innen von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten oder allein gelassen werden. Ansonsten droht, dass China in die Lage versetzt wird, mehr Einfluss auf die innerstaatlichen Verhältnisse nehmen und Impulse für die gesellschaftliche Organisation in Sri Lanka setzen zu können.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Ruki Fernando engagiert sich seit 1997 für Menschenrechte, schreibt darüber für nationale und internationale Medien und arbeitet unter anderem beim Dokumentationszentrum für Menschenrechte *INFORM* in Colombo.

INFORM in Colombo.

Texthinweise

<http://www.commonviews.org/corona-and-curtailed-human-rights/>
<https://groundviews.org/2020/05/03/freedom-of-expression-vs-hate-speech-fake-and-misleading-news/>
<https://groundviews.org/2020/05/19/may-18-a-thousand-lamps-to-remember-a-dark-past-and-inspire-a-better-future/>

Endnoten

- ¹ *INFORM, Repression of Dissent in Sri Lanka before and during curfew* (1st February 2020 – 30th April 2020), abrufbar via <https://www.inform.lk/repression-of-dissent-before-during-covid19-sl/>, Anm. d. Red.
- ² Dokument A/HRC/44/50/Add.1 vom 5. Mai 2020, Anm. d. Red.
- ³ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/sri-lanka/>, Anm. d. Red.